

# Denkpause

⊙ L'état c'est Atomindustrie S. 2 ⊙ EU-Polizei im Machtrausch S. 3 ⊙ Strom verbrauchen für Atomausstieg? S. 5 ⊙ Nationalistische Argumentationsfiguren S. 5 ⊙ Tote Flüchtlinge spalten Grünen S.6 ⊙ Ausländer aus dem Katalog? S.6

06.00  
24.07.00  
Nr. 8

Europa ist beim Schnüffeln immer mit dabei

## EU-Polizei im Machtrausch



Europas Regierungen versuchen die News über »Echelon« herunterzuspielen. Das ist kein Wunder: Bei einer ernsthaften Diskussion über Überwachung käme auch die europäische Praxis ins Gespräch. Gerade auf diesem Kontinent wird nämlich seit Jahren ein Grundrecht nach dem anderen gestrichen. Polizei und Geheimdienste agieren im Dickicht undurchsichtiger Direktiven, um Menschen zu überwachen. [ >>> Seiten 3+4 ]

Der »Konsens« ist nicht demokratisch

## L'état c'est Atomindustrie

Atomkonsens, Rentenkonsens, Steuerkonsens, Bündnis für Arbeit, Einwanderungskonsens - die korporatistische Modernisierung des parlamentarischen Kapitalismus treibt kontinuierlich neue Blüten. Für ihre Mitsprache übergeben die Industriebosse heute vermutlich weniger Geldkoffer als unter Kanzler Kohl. Die Gegenleistungen der Politik aber werden immer besser: Statt der inoffiziellen Mitberatung im Hinterzimmer bekommen Unternehmen jetzt ganz offen das Recht, an Gesetzesinitiativen mitzuwirken. [ >>> Seiten 2+3 ]

## Strom verbrauchen für Atomausstieg?

[ >>> Seite 5 ]

## Tote Flüchtlinge spalten Grüne

[ >>> Seite 6 ]

### Lieber Leserin,



mitunter kommt es vor, daß meine Forderungen die »Brüsseler Fans der Denkpause« (SÜDDEUTSCHE) ver-

wundern. Der Gedanke des letzten Editorials, man müsse die Grünen unterstützen, wenn man »sicherstellen will, daß Deutschland weiterhin Kriege führen und gewinnen kann«, hat nicht nur dort, sondern auch in Deutschland für Aufregung gesorgt. Kurt Tucholsky würde dazu vermutlich sagen: »Im übrigen gilt ja hier derjenige, der auf den Schmutz hinweist, für viel gefährlicher als der, der den Schmutz macht.«

Wahrheiten und Programmtreue können schmerzhaft sein: Wer vor zwei Jahreesagen hätte, daß eine rot-grüne Bundesregierung in ihrem ersten Amtsjahr einen Angriffskrieg führen wird, wäre garantiert aus der Partei ausgeschlossen worden, so wie es heute mir und anderen KriegsgegnerInnen angedroht wird.

In dieser Ausgabe der »Denkpause« beleuchte ich die demokratiethoretische Dimension des Atomausstieges und die Schnüffel-Aktivitäten der europäischen Polizei. Ich hoffe, damit bis zur nächsten Ausgabe genug Diskussionsstoff geliefert zu haben. Insbesondere auch für diejenigen unter Ihnen, die sich nicht als »Fans« bezeichnen würden.

Ihre Ilka Schröder

Wegen der Verschiebung der Debatte in den letzten Monaten und Jahren halte ich es für sinnvoll, hier die (ehemals?) mit der FDGO sympathisierenden Konsens-BefürworterInnen mit ihren eigenen Argumenten zu treffen. Damit bleibt der Beitrag zwangsläufig hinter den Anforderungen an eine politische Analyse der Herrschaftsverhältnisse zurück. Die Mitbestimmung der Industriobbies bei Gesetzesvorhaben ist nichts Neues oder Ungewöhnliches, wurde aber bisher nicht derart offen schriftlich vereinbart. Bundestag und Bundesregierung sind natürlich nicht demokratisch gewählt: ImmigrantInnen, Kinder, im Untergrund oder obdachlos lebende Menschen können ihre Stimme nicht abgeben – und alle vier Jahre Mitspracherechte zu übertragen, ist nicht gerade radikaldemokratisch. Meine Kritik soll auch nicht bedeuten, daß die Intensität der Machtausübung durch bundesrepublikanische und andere Regierungen überhaupt legitim ist.

Ilka Schröder

**Entlarvende**  
Gegenüberstellung jünger Beschlüsse der GRÜNEN mit der Vereinbarung Bundesregierung – EVU  
[www.basisgruen.de/gruene/bund/energie/atom/konsens/index.html](http://www.basisgruen.de/gruene/bund/energie/atom/konsens/index.html)

**Wer hätte gedacht,** daß im Jahr 2000 Linke die freiheitlich-demokratische Grundordnung gegen ihre wirtschaftsliberalen Angreifer aus der Mitte und von rechts verteidigen müssen?

Programmtreue oder die Einhaltung von Wahlversprechen sind keine Eigenschaften, die man

Mit-

gliedern von Regierungen und Parlamentsfraktionen pauschal zuschreiben würde. Mit der Verfassungstreue ist das nach dem Angriffskrieg auf Jugoslawien auch so eine Sache. Eine neue Dimension eröffnet der Atomkonsens: Die Idee einer parlamentarischen Demokratie, in der ein gewählter Bundestag Entscheidungen im Staat trifft, ist nur noch Theorie.

Daß die Exekutive einen großen Teil der Gesetze selbst der Legislative vorlegt, ist ein altbekanntes Problem.

Wenn der Deutsche Bundestag in Zukunft über atompolitische Gesetzesnovellen abstimmt, dann kommt der Text jedoch von noch geringer legitimierten Akteuren. In geheimen Verhandlungen entwickelten Regierungsvertreter und Konzernchefs ein Papier, das den Energieversorgungsunternehmen (EVU)

einen hohen Einfluß auf die Gesetzgebung in der BRD zubilligt. Im Ergebnis verpflichtet sich die selbstentmachtete Bundesregierung nicht nur, den »ungestörten Betrieb der Kernkraftwerke, wie auch deren Entsorgung« zu gewährleisten, sondern schafft auch umfangreiche Mitbestimmungsmöglichkeiten für die EVU: »Die Bundesregierung wird auf Grundlage dieser Eckpunkte einen Entwurf zur Novelle des Atomgesetzes erarbeiten.« Sie kann also eigenverantwortlich entscheiden, ob sie ein Komma oder ein Semikolon zwischen die Betriebsgarantie und die Wettbewerbsfähigkeit schreibt – der Rest muß dem Verhandlungsergebnis entsprechen.

Nicht nur über den Text des Gesetzes, sondern auch »über die Umsetzung der ATG-Novelle wird auf der Grundlage des Regierungsentwurfs vor der Kabinettsbefassung zwischen den Verhandlungspartnern beraten«.

Sogar bei den Sicherheitsüberprüfungen dürfen die EVU über den Zeitpunkt mitbestimmen, wann diese stattfinden



Politikwechsel: Der Staat gewährleistet den ungestörten Betrieb der Kernkraftwerke, wie auch deren Entsorgung.

Der »Konsens« ist nicht demokratisch

# L'état c'est Atomindustrie

**Atomkonsens, Rentenkonsens, Steuerkonsens, Bündnis für Arbeit, Einwanderungskonsens – die korporatistische Modernisierung des parlamentarischen Kapitalismus treibt kontinuierlich neue Blüten. Für ihre Mitsprache übergeben die Industriebosse heute vermutlich weniger Geldkoffer als unter Kanzler Kohl. Die Gegenleistungen der Politik aber werden immer besser: Statt der inoffiziellen Mitberatung im Hinterzimmer bekommen Unternehmen jetzt ganz offen das Recht, an Gesetzesinitiativen mitzuwirken.**



sollen: Laut Koalitionsvertrag zwischen SPD und GRÜNEN sollten alle AKW binnen eines Jahres nach der AtG-Novelle durchgecheckt werden. Jetzt soll die erste Überprüfung einiger AKW erst zum 31.12.2009 erfolgen. Aber auch hier gibt es einen Ausweg: Die in den drei Jahren nach dem vereinbarten Termin auszuschaltenden Reaktoren brauchen nicht überprüft zu werden. Alter schützt offenbar vor Störungen.

Damit eine demokratisch gewählte Regierung den Atomkraftwerksbetreibern die unter deren Mitwirkung erschaffenen Gesetze nachher nicht knallhart um die Ohren haut, gibt es eine Art Betroffenenvertretung der EVU. Diese Selbsthilfegruppe ist bei allen wichtigen Fragen des Weiterbetriebs der Atomanlagen beteiligt. Sie wird an der Fortentwicklung eines Leitfadens für ihre eigenen Sicherheitsüberprüfungen mitwirken.

Die Umsetzung der Atom-Vereinbarung wird von einer sogenannten »Monitoring-Gruppe« begleitet, die jeweils zur Hälfte mit VertreterInnen der Betroffenen (Atomindustrie) und der Bundesregierung besetzt ist.

Die undemokratische Entscheidung für den Weiterbetrieb der Atomanlagen ist kein Einzelfall – das Ergebnis des »Bündnis für Arbeit« wird im Grundsatz ähnliche Bestimmungen enthalten: Die Selbstentmachtung der Regierung zu Gunsten der Unternehmen.

Eine Erfindung der rot-grünen Bundesregierung ist die Staatsform »konstitutionelle parlamentarische Demokratie unter besonderer Berücksichtigung von UnternehmerInnen« nicht. Die Konsens-Idee ist im linksliberalen Lager schon mit der Verabschiedung der Agenda 21 durch die UNCED-Konferenz 1992 gesellschaftsfähig geworden. Nach anfänglicher Kritik ließ sich ein Großteil der Nichtregierungsorganisationen in runde Tische und Diskussionszirkel einbinden. Im Kapitel »Stärkung der Rolle der Privatwirtschaft« der Agenda 21 werden die Unternehmen als »gleichberechtigte Partner« der Regierungen bezeichnet. Bei Frauen wird dagegen nur eine »aktive Einbeziehung« gefordert, Kinder und Jugendliche sollen nur »aktiv an den Entscheidungsprozessen beteiligt werden«.

Die Staatsform der BRD 2000 als »Konsensdemokratie« zu bezeichnen, wäre verfehlt. Beteiligt sind nur diejenigen, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Stellung ohnehin schon Macht haben – sie bekommen auch noch die legislativen Kompetenzen hinzu. ○



**Europa ist beim Schnüffeln immer mit dabei**

# EU-Polizei im Machtrausch

**Europas Regierungen versuchen die News über »Echelon« herunterzuspielen. Das ist kein Wunder: Bei einer ernsthaften Diskussion über Überwachung käme auch die europäische Praxis ins Gespräch. Gerade auf diesem Kontinent wird nämlich seit Jahren ein Grundrecht nach dem anderen gestrichen. Polizei und Geheimdienste agieren im Dickicht undurchsichtiger Direktiven, um Menschen zu überwachen.**

**Das Europäische Parlament** entpuppte sich mal wieder als zahnlos. Die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der »Echelon-Affäre« wurde abgelehnt.

Konservative, SozialdemokratInnen und Liberale stimmten gegen das Gremium. Das Überwachungssystem des US-Geheimdienstes NSA, mit dem der weltweite Telefon-, Fax- und eMail-Verkehr abgehört wird, soll nun von einem sogenannten nicht-ständigen Ausschuß untersucht werden, dem ich annehme. Dieser hat nicht einmal das Recht hat, ZeugInnen vorzuladen.

Überraschend ist dieses Ergebnis nicht; die großen Parteien haben kein Interesse daran, die Themen Geheimdienste und Überwachung breit zu diskutieren. Zu viel könnte über die eigenen Aktivitäten der EuropäerInnen einer größeren Öffentlichkeit bekannt

werden. Großbritannien beispielsweise ist schon seit der Etablierung des Systems Echelon an diesem beteiligt. Irland tritt laut dem investigativen irischen Magazin »Phoenix« gerade bei, und die Niederlande haben zumindest enge Kontakte zum US-Geheimdienst. Deutschland besitzt Überwachungsstationen im spanischen Coril und im Pamir-Gebirge an der chinesisch-afghanischen Grenze. Auch Dänemark, die Niederlande und die Schweiz besitzen eigene Abhörstationen. Sogar das über Echelon besonders echauffierte Frankreich kann sich nicht beklagen. Das Land besitzt ein eigenes Satelliten-Abhörsystem. Die Bodenstation in Domme im Distrikt Bordeaux ist Europas drittgrößte elektronische Spionagestation. Überwachung geht aber nicht nur von Nachrichtendiensten aus. Gerade in Europa wird diese Tätigkeit zunehmend von der Po-

**ILETS:** International Law Enforcement Telecommunications Seminar. Regelmäßiges Treffen der Strafverfolgungsbehörden verschiedener Länder. Einberufen 1993 von FBI und NSA fand es bis 1997 jährlich an verschiedenen Orten weltweit – u.a. 1994 in Bonn – statt. Auf diesen Treffen wurden die Konzepte für Überwachungsmaßnahmen geschrieben, die heute umgesetzt werden.

**ENFOPOL:** Eigentlich nur ein Mantelbegriff der europäischen Union für Maßnahmen der Polizei zur »Inneren Sicherheit«. Allerdings wurden unter diesem Namen auch die meisten EU-Schnüffel-Richtlinien erlassen.

**Convention on Cybercrime:** Dokument, das Ende 2000 vom Europarat verabschiedet werden soll und die Grundlage für weltweite Gesetze gegen die Freiheit im Internet bilden soll. Nach den 41 Europaratsstaaten sollen auch die USA, Kanada, Südafrika und schließlich der Rest der Welt beitreten.

**»Echelon-Affaire« – was darf die Öffentlichkeit wissen?**

lizei erledigt. In verschiedenen Beschlüssen des Europäischen Parlaments (u.a. Rechtshilfeabkommen, Kinderpornographie im Internet, Harmonisierung der Asylpolitik) werden die Kompetenzen von Europol ausgeweitet.

Auch die Zusammenarbeit mit den vermeintlich geschmähten USA ist dabei kein Problem – zum Beispiel im Rahmen der G8-Konferenzen. Nach einem Vorbereitungstreffen von Regierungsbeamten, hochrangigen PolizeivertreterInnen und Industriebossen im Mai in Paris, kommen Ende Juli in Okinawa (Japan) die Staatschefs der sieben wichtigsten Industrieländer und Rußlands zusammen. Thema: Aktionen gegen Cybercrime. Die Verlautbarungen dazu schlagen alle denselben Tenor an: Anonymität im Internet ist gefährlich. Geheimdienste und Polizei sollen einen problemlosen Zugriff auf alle privaten und geschäftlichen Mails bekommen.

Wesentlich weniger bekannt, aber dafür effektiver als die G8-Gipfel, ist ILETS, das International Law Enforcement Telecommunications Seminar. 1993 wurde die Gruppe das erste Mal vom FBI im Militärstützpunkt Quantico nur 50 Kilometer entfernt von Washington, DC einberufen. Seitdem trafen sich die US-amerikanischen sowie europäischen VertreterInnen von Nachrichtendiensten und Strafverfolgungsbehörden regelmäßig, um die Zukunft der Überwachung zu planen. Maßgeblich an der Ausformulierung der Ideen beteiligt sind das FBI und – dahinter stehend – die NSA. Umgesetzt werden sie aber vor allem in Europa.

Unter dem Namen ENFOPOL gingen die Vorschläge an den Europäischen Rat und wurden – zumindest noch Anfang der Neunziger Jahre – pflichtschuldigst umgesetzt. Erst beim Dokument ENFOPOL 98, das eine grenzüberschreitende Überwachung von An-

# [Privacy]

**Ilka Schröder fordert:**

- Abschaffung aller Geheimdienste
- Offenlegung aller Akten zum Thema Überwachung
- Etablierung eines umfassenden Rechts auf Anonymität und informationelle Selbstbestimmung

rufen im Fest- und Mobilfunknetz, von Faxen und e-Mails vorsah, konnte durch eine frühzeitige Information der Öffentlichkeit und breiten Protest das Schlimmste verhindert werden.

## **Problemloser Zugriff auf private und geschäftliche Mails**

Das heißt aber nicht, daß die verbeamteten Spitzel Ruhe geben würden. In diesem und im nächsten Jahr soll der Rundumschlag folgen:

Am 27. April wurde ein erster Entwurf der sogenannten »Convention on Cybercrime« des Europäischen Rates veröffentlicht. Aus dem Paket stechen einzelne Maßnahmen besonders hervor: Service Provider sollen gezwungen werden, persönliche Daten von ihren Kunden zu erheben und gegebenenfalls Strafverfolgungsbehörden zur Verfügung zu stellen. Ein Recht auf Anonymität oder Sicherheit vor staatlicher Überwachung wäre damit ausgeschlossen.

Ein US-Gesetz, das Links auf verbotene Seiten unter Strafe stellt, soll internationalisiert werden. Und nicht zuletzt ermächtigt die Convention Strafverfolgungsbehörden, Angeklagte dazu zu zwingen, Paßwörter zu ihren e-Mail-Konten oder Festplatten freizugeben. Dieser Teil der Convention widerspricht klar dem Grundrecht, daß Angeklagte sich nicht selbst belasten müssen und ist bisher weltweit auch nur in Malaysia

und Singapur geltendes Recht. Stark beteiligt an der Formulierung der Cybercrime Convention sind NSA und FBI. Verabschiedet werden soll das Dokument im kommenden Jahr aber zuerst vom Europäischen Rat, also von den EU-Staats- und Regierungschefs, bevor es dann von den Regierungen der 15 Mitgliedsländer abgesegnet wird. Später sollen andere Staaten ebenfalls beitreten können.

Ebenfalls weitgehend unter Ausschluß der Öffentlichkeit wurde gerade eine andere Maßnahme umgesetzt. Das European Telecommunications Standard Institute (ETSI)

beschloß die Richtlinie ES 201-671: »Intelligent Networks (IN): Lawful Interception«. Es handelt sich dabei um den Standard, der in zukünftige Telekommunikationseinrichtungen eingebaut wird und Polizei sowie Geheimdiensten sogenannte »Einbruchstellen« zur Überwachung verschaffen soll. Vorgesehen ist der Zugriff auf alle Daten von Mobil- und Festnetztelefonaten, SMS-Nachrichten und Internettelefonaten.

Ob es allerdings bei Polizei und Geheimdienst bleibt oder auch andere Personen von den »Einbruchstellen« Gebrauch machen, ist nicht geklärt.

Der Standard bedeutet ein leichtes Spiel für alle InteressentInnen und läßt die NutzerInnen samt der Grundrechte im Regen stehen.

**ETSI:**  
European Telecommunications Standards Institute: Standardisierungsgremium, daß ähnlich wie das deutsche DIN-Institut funktioniert. ETSI setzt die technischen Standards, die für die gesamte europäische Telekommunikation gelten.

**Cryptome**  
<http://jya.org>:  
Exzellente Site mit allen Nachrichten und vielen Hintergründen über die Welt der elektronischen Überwachung und Geheimdienste. (Englisch)

**Echelonwatch**  
<http://www.echelonwatch.org>:  
Gemeinsame Site der American Civil Liberties Union, des Electronic Privacy Information Centers, Cyber-Rights and Cyber-Liberties sowie der Omega Foundation mit vielen Ressourcen zum Thema Echelon (Englisch)

**Karte der Überwachungsstationen:**  
in Deutschland auf der Homepage der Journalistin Christiane Schulzki-Haddouti, <http://members.aol.com/infowelt/abhoer.htm>

**Enfopol-Dokumente:**  
[www.heise.de/tp/deutsch/special/enfo/default.html](http://www.heise.de/tp/deutsch/special/enfo/default.html)  
ZDnet-News-Special über Echelon: [www.zdnet.de/news/report/echelon/echelon-wc.html](http://www.zdnet.de/news/report/echelon/echelon-wc.html)

**Stategate**  
[www.stategate.org/](http://www.stategate.org/)  
Sehr gute NGO-Site über Polizei, Geheimdienste, Immigration usw.

**Die Studien** über europäische Überwachungspraktiken im Auftrag des wissenschaftlichen Dienstes des Europäischen Parlaments als PDF-Dateien: [www.ilka.org/themen/infotech2.html](http://www.ilka.org/themen/infotech2.html) oder das zentralste Dokument auch unter [www.gn.apc.org/duncan/stoa.html](http://www.gn.apc.org/duncan/stoa.html)

**Ilka Schröder** zu Überwachungstechnologien [www.ilka.org/themen/infotech.html](http://www.ilka.org/themen/infotech.html)



## Strom verbrauchen für den Atomausstieg?

**Eine unerwartete Kontroverse** haben sechs Zeilen und ein WWW-Verweis in der letzten Ausgabe der »Denkpause« ausgelöst. Meine Kritik an den Werbekampagnen für »Grünen Strom«, die ich im Berliner GRÜNEN-Mitgliedermagazin »Stachlige Argumente« veröffentlicht hatte, rief an jener Stelle gleich zwei Gegenartikel hervor. Die Debatte kann auf <http://www.ilka.org/gruener-strom> verfolgt werden.

Niedersächsische GRÜNE, die sich für Kampagnen zum privaten Ökostromwechsel engagieren, hat mein Artikel »so vergrätzt, dass sie nun darüber nachdenken, ob sie nicht ein Parteiausschlussverfahren beantragen sollen«, schreibt Christiane Schlötzer in der Süddeutschen Zeitung. Mit diesem Gedanken sind die Niedersächslinnen dem Vernehmen nach nicht allein. Zusätzliche Dramatik erhielt die Auseinandersetzung über Grünstrom-Kampagnen durch die Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Energieversorgern über den Weiterbetrieb der Atomanlagen. Im »Atomkonsens« ist kein Datum für die Abschaltung der AKW festgelegt: Wann und wo sie die vereinbarten Terawattstunden Strom produzieren, dürfen die Atombosse selbst bestimmen. Sinken nun der Verbrauch und damit die Nachfrage nach Atomstrom erheblich, werden einzelne unwirtschaftliche Standorte abgeschaltet. Die Strommengen werden dann aber zeitlich gestreckt in anderen AKW produziert. Statt der Beendigung der Atomstromproduktion in den 20er oder 30er Jahren, könnte sich die Stilllegung des letzten Reaktors also noch bis ins nächste Jahrhundert verzögern.

Der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) startete unterdessen eine »Offensive für den schnelleren Atomausstieg«. Bei der öffentlichen Vorstellung hieß es: »Wir können alle dazu beitragen, daß der Atomausstieg schneller kommt als es die vereinbarten 21 Jahre Restlaufzeit für Atomkraftwerke erwarten lassen«, sagte BUND-Geschäftsführer Dr. Gerhard Timm.

Um Atomstrom schneller zu verbrauchen, wäre es sinnvoll, elektrische Zahnbürsten zu kaufen und die Wohnung mit

dem elektrischen Herd zu heizen, mit offenem Kühlschrank zu kühlen oder am besten alles gleichzeitig zu tun. Auf Anfrage der »DENKPAUSE« wollte Renate Künast diese Strategie aber nicht unterstützen – sie fordert zusammen mit dem BUND dazu auf, Energie aus Biomasseanlagen zu verbrauchen.

Bis die ÖkostromverbraucherInnen atompolitisch jedoch irgendetwas erreichen können, wird noch viel Wind durch die Windräder wehen: Heute haben 0,1 Prozent aller PrivatverbraucherInnen einen Ökostromvertrag. Die Zahl müßte – ohne Berücksichtigung

der traditionell atomfreundlichen gewerblichen Verbraucher – etwa verachthundertfacht werden. Allenfalls dann bekäme die Atomindustrie ernsthafte Absatzprobleme und müßte sich im Ausland um AbnehmerInnen bemühen. Es bleibt also dabei: Der private Umstieg auf Ökostrom ist O.K. und kann nichts schaden. Politische Kampagnen dafür sind verschwendete Zeit und nur deshalb nützlich, weil die AkteurInnen während der Beschäftigung mit ihren Kampagnen keinen Angriffsbefehl an Bundeswehr-Tornados geben können.

Make Ökostrom, not war. ○

## »Nationalistische Argumentationsfiguren«

**Die Debatte um** die Tobin-Steuer auf internationale Finanztransaktionen (siehe DENKPAUSE NR. 5, 03/00, 27.3.2000) gewinnt auf der ganzen Welt an Schwung. Über 400 ParlamentarierInnen aus aller Welt haben einen Appell für die Tobin-Steuer unterschrieben. Das britische Unterhaus und die finnische Regierung bezogen sich positiv auf die Steuer. Auch der französische Premierminister Lionel Jospin hat sich auf einem Kongress der europäischen JungsozialistInnen dafür ausgesprochen, »über die Idee einer Tobin-Steuer auf spekulative Kapitalbewegungen nachzudenken, um die internationalen Instanzen in Bewegung zu bringen«.

In Deutschland sammelt das »Netzwerk für die demokratische Kontrolle der Finanzmärkte« Unterschriften für eine Erklärung, in der die Einführung der Tobin-Steuer, die Stabilisierung der Wechselkurse zwischen Dollar, Euro und Yen, sowie die »demokratische Umgestaltung internationaler Finanzinstitutionen« gefordert wird.

Viele christlich-solidarische Institutionen unterstützen den Appell. Auch der Kreisverband Potsdam der GRÜNEN

trägt die Erklärung mit. Der BUKO-Arbeitsschwerpunkt »Weltwirtschaft« kritisiert dagegen in einem offenen Brief die neokeynesianistische und etatistische Strategie der gesamten ATTAC-Bewegung und die Tatsache, daß das Netzwerk »nationale Wertschöpfungsgemeinschaften« konstruiert. Mit seiner »unzulässig verkürzten Kapitalismuskritik« beschwöre das Netzwerk seine »Vereinnahmung für nationalistische Argumentationsfiguren«. Der BUKO wird auf seinem jährlichen offenen Kongress vom 6. – 8. Oktober in Berlin über Strategien gegen die Zumutungen der »Globalisierung« diskutieren. Das »Netzwerk« beratschlagt, ebenfalls öffentlich, am 17. und 18. November in Frankfurt.

Ich habe im Europäischen Parlament für den Auftrag an die Kommission gestimmt, die Machbarkeit einer Tobin-Steuer zu überprüfen, obwohl der Beschluß zum Ziel hatte, die globalen Finanzbeziehungen zu stabilisieren.

Eine Tobin-Steuer würde meiner Meinung nach nicht viel nutzen. Schaden kann sie aber auch nicht. ○

### Broschüre

»Der große Bluff«: Fragen und Antworten zum »Atomkonsens« - Broschüre im Format A6, 32 Seiten. Preise: 10 Ex. 10 DM, 25 Ex. 20 DM, 50 Ex. 30 DM, 100 Ex. 50 DM, Lieferung nur gegen Vorkasse (Bargeld, Scheck, Briefmarken)  
Tolstefanz – Wendländisches Verlagsprojekt  
29439 Jeetzel 41

So wäre ein schneller Atomausstieg möglich (Stand: Anfang Januar 2000)  
<http://www.ilka.org/material/denkpause/denkpause3c.html>

### Netzwerk

für eine demokratische Kontrolle der Finanzmärkte  
<http://www.share-online.de/finanz>

### ATTAC:

<http://www.attac.org/>

### Auf einen Blick:

**Ilka Schröder MdEP**  
[www.ilka.org](http://www.ilka.org)  
[schroeder@ilka.org](mailto:schroeder@ilka.org)

**Büro Berlin**  
Postfach 080417  
10004 Berlin  
Deutschland  
Fon +49.30.2096 1340  
Fax +49.30.2096 1356  
[berlin@ilka.org](mailto:berlin@ilka.org)

**Büro Brüssel**  
Rue Wiertz ASP 8 G 253  
1047 Bruxelles  
Belgien  
Fon +32.2.284.74 49  
Fax +32.2.284.94 49  
[bruxelles@ilka.org](mailto:bruxelles@ilka.org)



**IWF und Weltbank:**  
Vom 26.-28. September halten der internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank ihr 55. Jahrestreffen in Prag ab. Eine Mobilisierung nach Prag beginnt. Am 26. September werden Menschen aus aller Welt ihre Opposition gegenüber der Weltbank und dem IWF zum Ausdruck bringen. Der Alternativgipfel in Prag findet schon vom 22.-24. September statt. Vorbildhaft ist, daß man die Infos auf der Website als.shtml-Dokumente abrufen kann und damit ersichert wird, daß Dritte mitbekommen, was angeklickt wird.  
<http://www.x21.org/s26/index.shtml>

Bestellungen, Abbestellungen und Adressänderungen bitte an [abodatei@ilka.org](mailto:abodatei@ilka.org) mitteilen.

**AntimilitaristInnen** bekamen vor dem Berliner Sitz des Kriegsministeriums Geräte zur Störung des »öffentlichen« Gelöbnis der Bundeswehr in Berlin überreicht. Letztes Jahr waren die Materialien nach einer gelungenen Aktion von der Polizei beschlagnahmt worden. Das Tucholsky-Zitat »Soldaten sind Mörder« darf nach herrschender Rechtssprechung nicht ungestraft gegen konkrete Soldaten der Bundeswehr ausgesprochen werden – aber wo Tucholsky Recht hat, hat er Recht.

## Tote Flüchtlinge spalten Grünen-Fraktion

**Nach dem Tod** von 58 Flüchtlingen in Dover (Großbritannien) sprach sich am 6. Juli 2000 eine Mehrheit der Abgeordneten des Europäischen Parlaments für härtere polizeiliche Maßnahmen gegen FluchthelferInnen aus. In dem Beschluß zum Thema »Menschenschmuggel«, der von Konservativen, Liberalen und SozialistInnen eingebracht worden war, wird unter anderem der Ausbau der europäischen Polizeibehörde Euro-pol gefordert.

Dem Ruf nach mehr Polizei schloß sich auch der BÜNDNISGRÜNE Europaabgeordnete Ozan Ceyhun an. Im Namen der Fraktion der GRÜNEN unterschrieb er eine gemeinsame Resolution der verschiedenen Fraktionen. Vom Fraktionsvorsitzenden Paul Lannoye wurde Ceyhun jedoch – auch auf meine Initiative hin – zurückgepfiffen, da viele GRÜNE aus anderen EU-Staaten nicht hinter der Forderung nach härteren polizeilichen Maßnahmen standen. Die Unterschrift der GRÜNEN wurde daraufhin zurückgezogen.

In anderen Fällen stimmt die Mehrheit der GRÜNEN aber für »Law-and-Order-Anträge« – so zum Beispiel für härtere »Verteidigungsmaßnahmen« der im Ausbau befindlichen Festung Europa. Im Juni etwa votierte nahezu die gesamte Fraktion für den weiteren Abbau von Asylrecht und Flüchtlingsschutz. Ein Dokument über die Schaffung gemeinsamer europäischer »Normen für Asylverfahren« wurde vom Plenum mit großer Mehrheit angenommen.

Sowohl die Debatte, als auch die entsprechende Resolution erinnerte an die mit ausländerfeindlichen Parolen ange-

heizte Asyldebatte in Deutschland im Jahr 1993. Das Parlament sprach sich beispielsweise für die europaweite Erfassung der Fingerabdrücke von AsylbewerberInnen mittels »Eurodac« aus. Dabei handelt es sich um ein System, das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in ihrem Bundestagswahlprogramm von 1998 noch ausdrücklich abgelehnt hatten. Auch die »Drittstaatenregelung« und die Bestimmung über »sichere Herkunftsländer« wurden vom Parlament akzeptiert. Gerade diese Regelungen sind es, die in der Bundesrepublik seit 1993 bewirken, daß immer mehr schutzsuchende Menschen abgewie-

sen und abgeschoben werden können. Die Entschlüsse des Europäischen Parlaments zu »Menschenschmuggel« (Dok-Nr. B5-0596/2000) und über »gemeinsame Normen für Asylverfahren« (Dok-Nr. A5-0123/2000) sind im Internet zu finden unter: [www.europarl.eu.int](http://www.europarl.eu.int). Über meine aktuellen Positionen und Aktivitäten Bereich europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik informiert ein Reader, der im Büro Berlin kostenlos bestellt werden kann.

Aktuelle und alte Informationen auch unter: [www.ilka.org/themen/weitere.html#festeu](http://www.ilka.org/themen/weitere.html#festeu)

## Ausländer aus dem Katalog

**Kaum kritisiert die »DENKPAUSE«** die neoliberale Flüchtlingspolitik der Bundesregierung (Ausgabe 7, 05/00 v. 29.05.2000), schon macht der Bundestag des kleineren Koalitionspartners diese zur offiziellen Parteilinie.

Lange Zeit hatte die grüne Partei für die Gleichberechtigung von MigrantInnen, die Demokratisierung des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts und eine humanitär begründete Einwanderung gestritten. In einem Parteitagbeschuß spricht sie sich jetzt für ein wirtschaftsfreundliches und am deutschen Arbeitsmarkt orientiertes Verfahren aus. Künftig sollen »wirtschaftliche Planungsdaten« und »arbeitsmarktpolitische Bedenken« bei der Regulierung der Immigration mit entscheidend sein. Die »Verbände« sollen ihre »Interessen« an ZuwandererInnen »anmelden« können.

Mit dieser Position unterscheidet nun nicht mehr nur die CDU/CSU, sondern auch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zwischen nützlichen und unnützen ZuwandererInnen.

Wenn es nach Cem Özdemir ginge, dem innenpolitischen Sprecher der GRÜNEN-Fraktion im Bundestag, müßten vor allem die Grünen selbst dringend nützliche EinwandererInnen aus dem Ausland bestellen. Sie hätten zu wenige »profilierter MigrantInnen« in ihren Reihen, sagte Özdemir der »TAGESZEITUNG« vom 13.07.2000.

Der Beschluß »Für eine Neuorientierung in der Migrations- und Integrationspolitik – für eine weltoffene Republik« im Internet:

<http://www.gruene.de/archiv/grem/bdk/00Muenster/beschluss/Integrationspolitik.htm>